

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 71 (1993)
Heft: 1

Artikel: Ist John Maynard unser Steuermann? : Plädoyer für die Wiederentdeckung eines linken Keynesianismus
Autor: Bauer, Tobias / Baumann, Beat / Spycher, Stefan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340985>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ist John Maynard unser Steuermann?

Plädoyer für die Wiederentdeckung eines linken Keynesianismus

*John Maynard war unser Steuermann,
Aushielt er, bis er das Ufer gewann.*

Theodor Fontane, John Maynard

Verneinung, Einschränkung, Tatenlosigkeit, das sind die Losungen der Regierung. Unter ihrer Führung werden wir gezwungen, unseren Gürtel enger zu schnüren und weniger tief zu atmen. (...) Es liegt kein Grund vor, warum wir uns nicht frei fühlen sollten, kühn und offen zu sein, zu erproben, zu handeln, alle Möglichkeiten der Dinge zu versuchen.

John Maynard Keynes (1883-1946)

Kreischend kam das Karussell zum Stillstand

Die Krise ist da. Monat für Monat verlieren tausende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Lande ihre Stelle. Ende 1992 gingen 130'000 Personen stempeln, bis Ende 1993 dürfte sich die Zahl auf 200'000 erhöhen.¹ Nur schon die

**Tobias Bauer
Beat Baumann
Stefan Spycher**

eingeschriebenen Arbeitslosen - ohne diejenigen, die sich nicht beim Arbeitslosenamt melden - würden dann einer Arbeitslosenquote von 6.5% entsprechen.

Noch vor zwei Jahren wären die heutigen Arbeitslosenzahlen in der Schweiz völlig

unvorstellbar gewesen. In der gesamten Nachkriegszeit hatte die statistisch ausgewiesene Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt nie mehr als 32'000 Personen erfasst und die Arbeitslosenquote war nie über ein Prozent angestiegen. Dann aber kam das scheinbar endlos drehende schweizerische Vollbeschäftigungskarussell innert wenigen Monaten „kreischend zum Stillstand“ (um ein Bild zu gebrauchen, mit welchem Rosa Luxemburg die Zusammenbruchstendenzen des kapitalistischen Systems vergleicht²). Seit Ende 1990, als rund 30'000 Arbeitslose registriert waren, hat sich die Arbeitslosigkeit im Jahresrhythmus verdoppelt: auf gut 65'000 bis Ende 1991 und rund 130'000 bis Ende 1992.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem zeichnet sich durch ausgeprägte, vor allem durch die Investitionstätigkeit bestimmte Schwankungen in der Wirtschaftsaktivität aus. Um im Bild des Karussells zu bleiben: Phasen der Überbeschleunigung wechseln mit Phasen stockender und gebremster Fahrt ab. Seit Ende der sechziger Jahre ergaben sich drei Konjunkturzyklen, deren Wellentäler die Jahre 1975/76, die Jahre 1982/83 und aktuell die Jahre ab 1991 umfassen und während denen die Arbeitslosigkeit jeweils deutlich angestiegen ist. In der folgenden Tabelle ist die Entwicklung wichtiger Schlüsselgrößen im Vergleich dargestellt.

Für die Beurteilung der heutigen Krise ergeben sich zwei Feststellungen.

Die drei letzten schweizerischen Wirtschaftskrisen im Vergleich

	1975/76	1982/83	1991/92
Veränderung des realen Bruttoinlandprodukts	-7.5	0.1	-0.6
Veränderung der realen Exporte	2.4	-4.4	2.9
Niveau der kurzfristigen Zinsen (erstes Krisenjahr)	4.1	4.9	8.1
Veränderung der realen Investitionen	-22.7	1.3	-10.0
Veränderung der Produktivität (erstes Krisenjahr)	-2.0	-1.4	-0.1
Veränderung der Erwerbstätigen	-7.6	0.5	-3.2
Veränderung der Arbeitslosenquote	0.7	0.6	2.4

Alle Angaben in Prozent, Ausnahme: Veränderung der Arbeitslosenquote in Prozentpunkten. Wenn nicht anders angemerkt, werden die Veränderungen der Jahresmittelwerte zwischen 1974 und 1976, 1981 und 1983, 1990 und 1992 ausgewiesen.

Quellen: BFS/BIGA/OZD/SNB

AusländerInnen

und Frauen

haben die

Hauptlast der

Krise zu

tragen.

1. Der derzeitige Einbruch ist vom Binnenmarkt her ausgelöst. Während sich die Exporte gut gehalten haben, wurde die einheimische Nachfrage insbesondere durch die restriktive Geldpolitik der Nationalbank, welche zu ausserordentlich hohen Zinssätzen führte, eingeschnürt. Bezüglich der Binnennachfrage sind auch die Zukunftsaussichten düster: Trotz der aktuellen Zins- und Inflationsabschwächung werden die Nachfragekräfte infolge der Reallohnverluste für einen Grossteil der Arbeitnehmenden und der Sparpolitik der öffentlichen Hand weiterhin schwach bleiben; - das aktuelle Konjunkturtal könnte sich zur längsten und schwersten Nachkriegskrise in der Schweiz entwickeln.

2. Gemessen an der Entwicklung des Bruttoinlandprodukts fällt die gegenwärtige Krise zwar viel milder aus als der Einbruch in den siebziger Jahren. Hingegen überträgt sie sich viel direkter und stärker auf die Arbeitslosigkeit.

Unterschätzung der früheren Beschäftigungskrisen

Damit ist angesprochen, dass die wichtigste Erklärung der heutigen hohen Arbeitslosenzahlen weniger die heutige als

die früheren Krisen betrifft. Das bisherige Vollbeschäftigungswunder verdient diesen Namen nämlich kaum. Einerseits beruhte es auf einer Ausländerpolitik, welche die AusländerInnen vollständig als Puffermasse auf dem Arbeitsmarkt missbrauchte und die Arbeitslosigkeit exportierte. Andererseits baute es auf weiteren statistischen Unvollständigkeiten auf, denn die Arbeitslosenstatistik des BIGA erfasst nur die bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen.

Ganz besonders betrifft dies natürlich die grosse Krise von 1975/76. Zu jenem Zeitpunkt erfasste die freiwillige Arbeitslosenversicherung nur etwa einen Fünftel der ArbeitnehmerInnen (Obligatorium der Arbeitslosenversicherung seit 1.4.1977). Rund 200'000 in die Heimatländer abgeschobene AusländerInnen und Zehntausende an den Herd zurückgeschickte Schweizerinnen lösten sich statisch in Luft auf.³

Auch heute haben die AusländerInnen und die Frauen die Hauptlast der Krise zu tragen. An erster Stelle sind jene AusländerInnen zu nennen, die nach wie vor nicht als Arbeitslose auftauchen: Von August 1990 bis August 1992 ging die Zahl der SaisonarbeiterInnen um einen knappen Viertel (28'600), jene der GrenzgängerInnen um 6% (10'700) zurück. Die Manipuliermasse ist aber kleiner geworden. Die

übrigen arbeitslos gewordenen AusländerInnen (Niedergelassene und JahresaufenthalterInnen) und die Frauen lassen sich nicht mehr so einfach aus dem Arbeitsmarkt ausgliedern und treten nun statistisch ebenfalls in Erscheinung: Während die globale Arbeitslosenquote Ende 1992 4,2% ausmachte, betrug sie für die AusländerInnen 8,7% und für die Frauen 4,6%.

Der schweizerische Nachkriegs-Sozialpakt zerbröckelt

Bis vor kurzem galt zwischen den ArbeitgeberInnen und Gewerkschaften in der Schweiz ein sehr stabiler Sozialpakt, der als wichtigste Punkte beinhaltet:

- Politik des Arbeitsfriedens, Abschluss von Gesamtarbeitsverträgen, Konflikt-erledigung auf dem Verhandlungsweg;
- produktivitätsorientierte Lohnpolitik (unbestrittener Teuerungsausgleich, mittelfristige Erhöhung der Reallöhne im Ausmass der Zunahme der Arbeitsproduktivität);
- Stabilität der Arbeitsplätze.

Dabei handelt es sich um einen Pakt zugunsten der männlichen, schweizerischen Stammarbeiterschaft, von welchem die übrigen Gruppen von Arbeitnehmenden - AusländerInnen, Frauen, Teilzeitbeschäftigte - weitestgehend ausgeschlossen sind. Dementsprechend decken die für den Sozialpakt so zentralen Gesamtarbeitsverträge nur etwa 50% der Lohnabhängigen ab, wobei die Lücken im Vertragsnetz v.a. bei den Teilzeitbeschäftigten und im dritten Sektor zu suchen sind und also wieder einmal mehr die Frauen benachteiligen.⁴ Dieser Sozialpakt ist in den neunziger Jahren von Arbeitgeberseite her in weiten Teilen aufgekündigt worden. Verweigerung oder inhaltliche Entleerung von Gesamtarbeitsverträgen, Individualisierung der Arbeitsverhältnisse und Verweigerung des Teuerungsausgleichs sind Ele-

mente eines verschärften Verteilungskampfes von Arbeitgeberseite.

Im Rahmen dieser Arbeitgeber-Strategie ist eine gewisse Arbeitslosigkeit durchaus erwünscht, dämpft sie doch Lohn- und andere Ansprüche von Arbeitnehmerseite. Es ist klar zu erkennen, dass heute sehr viel rascher entlassen wird als bei früheren Einbrüchen. „Viele Firmen bauen nicht nur deshalb Personal ab, weil sie weniger Arbeit haben, sondern auch weil sie wissen, dass die Angst um den Arbeitsplatz zusätzliche Leistungsbereitschaft freisetzt“.⁵ Dieses Verhalten hat dazu geführt, dass die Produktivität im Krisenjahr 1991 kaum zurückgegangen ist, und für die Jahre 1992/93 eine respektable Zunahme von 3% erwartet wird.⁶

Einschränkung, Tatenlosigkeit und ein Allheilmittel

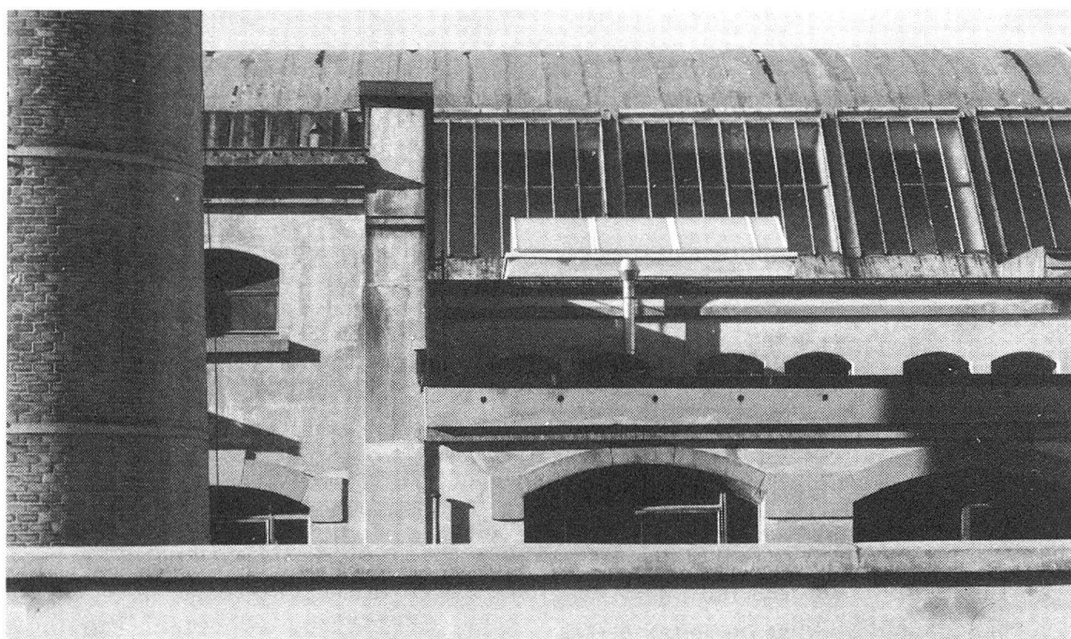
Aus neoliberaler Sicht, die sich auf die neoklassische Theorie abstützt, ist die heutige Krise primär durch eine Investitionsschwäche der Unternehmer bedingt. Deren Ursache ist nicht in erster Linie der zurückgehende Konsum, sondern eine durch hohe Lohnkosten, Sozialabgaben und Steuern bedingte Kosteninflation. In einer Zeit des verschärften (internationalen) Konkurrenzkampfes können diese Kosten nicht mehr einfach auf die Preise überwältzt werden. Dadurch sinken die Gewinne und das Investitionspotential. Die Erwartungen über die künftige Ertragslage ist pessimistisch, Investitionen werden daher zurückgehalten. Zusätzlich zur Kosteninflation werden die Unternehmer durch wuchernde staatliche Regelungen und Aktivitäten in ihren Handlungsspielräumen eingeengt. Dies beeinträchtigt ebenfalls ihre Investitionsfreudigkeit.

Als Therapie verordnen die Neoliberalen der Wirtschaft eine knappe Geldversorgung, den Arbeitnehmenden „Lohnzurückhaltung“ und der öffentlichen Hand eine rigorose Sparpolitik.⁷ Die Behörden

**Der alte
Sozialpakt
funktionierte
einseitig
zugunsten der
männlichen,
schweizerischen
Stamm-
arbeiterschaft.**

Fabrik
in La Chaux-de-Fonds

(Bild: Urs Hänsenberger)



werden auf konjunkturpolitische Tatenlosigkeit verpflichtet, und mit dem Allheilmittel der Revitalisierung wird der Wirtschaft ein Fitnessprogramm mit den Disziplinen Deregulierung, Privatisierung und Verbesserung der allgemeinen Rahmenbedingungen verschrieben.⁸

Die traditionellen neoliberalen Klagen über zu hohe Löhne und zuviel Staat nehmen sich vor dem Hintergrund der real existierenden Krise ziemlich merkwürdig aus. In den letzten Jahren sind weder übermässige Lohnsteigerungen noch eine überbordende Staatstätigkeit zu beobachten, im Gegenteil. Seit 1983 ist eine ausgesprochene Phase der Lohnzurückhaltung zu erkennen. Von 1983-1991 stiegen die Reallöhne mit rund 8% erheblich weniger als die Produktivität mit knapp 12%.⁹ In dieser Zeit hat sich somit eine Reallohnlücke von gegen 4% geöffnet, die mit einer Umverteilung von den Löhnen zu den Gewinnen einhergeht. Die Staatsausgaben verharrten von 1980 bis 1990 auf exakt demselben Anteil am Bruttoinlandprodukt (27,7%). Die öffentliche Verschuldung ist im gleichen Zeitraum markant von 47% auf 32% des Bruttoinlandprodukts zurückgegangen.

Die Forderungen nach Einschränkung und Tatenlosigkeit gehen somit offensicht-

lich genau in die falsche Richtung. Die Revitalisierungsforderungen sind differenziert zu beurteilen, handelt es sich doch dabei um eine Mischung aus zum Teil ziemlich alten, zum Teil nebensächlichen, zum Teil unsozialen, zum Teil aber auch durchaus begrüssenswerten Massnahmen. Als allgemeine Medizin in der Krise muss die Revitalisierung aber versagen. Auch wenn das Fitnessprogramm die Effizienz und Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft verbessern sollte, werden damit kaum Arbeitsplätze geschaffen, sondern eher abgebaut. Eine moderne Industriegesellschaft und ihre Wirtschaft sind zudem viel komplexer als in der monokausalen Revitalisierungsanalyse angenommen. So führt die auf einen verschärften Verteilungskonflikt angelegte Revitalisierungsstrategie zur Zerstörung einer wichtigen Voraussetzung für eine stabile Entwicklung.

Das Ende des Laissez-Faire

Vergleichbare Analysen und Rezepte wurden von neoklassischer Seite schon in den zwanziger und dreissiger Jahren vorgebracht. Das „Ende des Laissez-Faire“¹⁰ ist insbesondere mit dem britischen Ökonomen John Maynard Keynes verknüpft,

der die stärkste theoretische Gegenposition zur Neoklassik entwickelte. In den Vordergrund seiner Analyse stellt Keynes die dem kapitalistischen System innewohnenden Instabilitäten. Diese sind insbesondere mit der Institution des Geldes verbunden. Bei unsicheren Renditeerwartungen kann es rational sein, Geld als „Vermögensspeicher“ zu halten, um Anlagechancen in der Zukunft nutzen zu können. Dadurch verliert die neoklassische Vorstellung, rentable Produktion finde über die Einkommensschaffung und -verausgabung im Prinzip störungsfrei ihre Nachfrage, die Gültigkeit. Die vor allem durch die privaten Investitionsentscheidungen determinierte Gesamtnachfrage reicht im allgemeinen für Vollbeschäftigung nicht aus: Arbeitslosigkeit ist ein Charakteristikum des Kapitalismus. Dieses Charakteristikum wird durch zwei historische Tendenzen akzentuiert.¹¹ Dabei handelt es sich einerseits um die immer wieder auch von Gegenkräften durchbrochene Tendenz der kapitalistischen Wirtschaft, an systemimmanente Nachfragegrenzen zu stoßen (weil in einer reicher werdenden Gesellschaft tendenziell die Sparquote steigt). Andererseits ist wirtschaftliches Wachstum mit Produktivitätssteigerungen verbunden, was dazu führt, dass die Stagnationstendenzen bei der Nachfrage in verstärkter Masse auf die Beschäftigung drücken.

Wirtschaftspolitisch weist Keynes der Binnennachfrage eine entscheidende Bedeutung zu und zeigt, dass die neoklassische Therapie eine Verschärfung der Krise nach sich zieht, indem sie die Konsum- und Staatsnachfrage weiter schwächt und die Investitionen lähmt.

Keynes Gegenposition ist insbesondere durch folgende Elemente gekennzeichnet:¹²

- Aktive Vollbeschäftigungspolitik mittels staatlicher Nachfrage - dies beinhaltet kreditfinanzierte Staatsausgaben in Krisenzeiten (Deficit-Spending) wie

auch Arbeitszeitverkürzung¹³;

- Einbezug der Zentralbankpolitik in diese Vollbeschäftigungspolitik;
- Binnenmarktorientierung - dies beinhaltet ein Ablehnen von Freihandelsdoktrinen und staatliche Kontrolle internationaler Finanzflüsse;
- Stärkung der Massenkaukraft und Umverteilung zugunsten der unteren Einkommensschichten;
- Sozialisierung der Investitionen und Verringerung der Bedeutung von Einkommen aus Vermögen.

Der im Gefolge der 1936 erschienenen „Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ einsetzende Aufstieg des Keynesianismus beschränkte sich weitgehend auf das Element einer antizyklischen Globalsteuerung, die mehr und mehr mit einem neoklassischen Unterbau versehen wurde. Dieser auf die vermeintlich mechanistische Zusammenhangs- und Gleichgewichtshydraulik reduzierte Keynesianismus, den die Keynes-Mitarbeiterin Joan Robinson verächtlich als „Bastard-Keynesianismus“ charakterisierte, kam mit der Stagflation der siebziger Jahre an seine Grenzen. Zurecht wurde die einseitig auf Wachstumsstützung ausgerichtete keynesianische Politik auch aus ökologischer Sicht als „Betonkeynesianismus“ kritisiert. In der Folge legte die neoklassisch-monetaristische Revolution den Keynesianismus beiseite.

Trotz der theoretischen Diskreditierung hat in den folgenden Jahren ein rechter Keynesianismus in der Praxis dennoch eine entscheidende Rolle gespielt. Insbesondere ist hier die militärkeynesianische Wachstumsstrategie unter Reagan zu erwähnen. Diese bezüglich Deficit-Spending als „Superkeynesianismus“ zu bezeichnende Politik verfolgte als Ziele eine sichere Absorption der Gewinne sowie ökonomische und politische Sicherung internationaler Märkte.

Aus neoliberaler

Sicht sind zu

hohe

Lohnkosten,

Sozialabgaben

und Steuern die

Ursachen der

Krise.

In einer reformorientierten Perspektive wurde die Theorie von Keynes in vielen Fragestellungen weiterentwickelt. Leute wie Joan Robinson, Piero Sraffa, Michal Kalecki und Nicolas Kaldor haben wichtige Beiträge geliefert, die heute unter der Etikette „Postkeynesianismus“ einen wichtigen Ansatz zu einem alternativen Theoriegebäude der Ökonomie bilden.¹⁴

**Die neoklassisch-
monetaristische
Reaktion
diskreditierte den
Keynesianismus.**

Ökologisch eingebundene Konjunkturpolitik

Die wirtschaftspolitische Herausforderung für die schweizerische Linke ist klar. Kurzfristig muss die Arbeitslosigkeit mit konjunkturpolitischen Massnahmen wirkungsvoll bekämpft und längerfristig ein ökosozialer Umbau der Wirtschaft angezielt werden. Zugleich ist aber auch die Verunsicherung angesichts der unerwarteten Krise und der Aggressivität des Neoliberalismus gross. Die schweizerische Linke hat erhebliche Mühe, wirtschaftspolitische Vorstellungen zu entwickeln, die über das reine Reagieren hinausgehen. In dieser Situation kann unseres Erachtens ein Anknüpfen bei Keynes und bei den auf die heutigen Probleme ausgerichteten Weiterentwicklungen¹⁵ wichtige Impulse geben, um etwas kühner und offener gegen die Krise anzugehen. Mit aller Deutlichkeit ist heute die alte Keynes'sche Erkenntnis zu betonen, dass in der Krise staatliche Beschäftigungsprogramme ökonomisch und gesellschaftlich notwendig und lohnend sind. Dies gilt im allgemeinen selbst in einer engen Kosten-Nutzen-Sicht. So stellt der Bundesrat fest, dass der derzeit zur Diskussion stehende Investitionsbonus von 250 Millionen Franken in der Baubranche Arbeit für 10'000 Beschäftigte schaffen und zu einer Entlastung der Arbeitslosenkasse um 400 bis 450 Millionen Franken führen würde.¹⁶ Zudem wird ein entschlossener Kampf gegen die heutige Arbeitslosigkeit auch die zukünftige Sockelarbeitslosigkeit verringern.

Der haushaltspolitische Spielraum für eine derartige Politik besteht voll und ganz.¹⁷ Er wäre im übrigen noch erheblich grösser, wenn die Bürgerlichen nicht in der Hochkonjunktur Steuersenkungen vorgenommen hätten. Beschäftigungspolitische Impulsprogramme zielen naturgemäss auf kurzfristig auszulösende, zeitlich begrenzte Massnahmen ab. Diese konzentrieren sich stark auf den Baubereich, in welchem sich durchaus ökologisch sehr sinnvolle Aufgaben finden lassen. Das in der Märzsession zur Diskussion anstehende Investitionsprogramm der SPS beispielsweise umfasst als grössten Posten Investitionshilfen zur energetischen Sanierung von Altbauten. Die GBH hat schon 1983 und 1991 Programme ökologisch ausgerichteter Bauinvestitionen vorgelegt.¹⁸ Gerade das eher spät eingebrachte und umfangmässig relativ bescheidene SPS-Investitionsprogramm belegt aber auch die Notwendigkeit, längerfristige Konzepte einer ökologisch eingebundenen Konjunkturpolitik zu entwickeln. Von einigem Interesse kann dabei der von den Grünen in Deutschland eingebrachte Gesetzesentwurf für eine ökologisch-soziale Wirtschaft sein, welcher sich als Alternative zum Stabilitätsgesetz von 1967 versteht.¹⁹ Das primär am Wachstumsziel orientierte Stabilitätsgesetz ist ein gutes Beispiel eines „Bastard-Keynesianismus“ im Robinsonschen Sinn. Der Vorschlag der Grünen geht dagegen von einem veränderten Zielsystem aus: Wirtschaftliche Aktivitäten sollen die ökologischen Grundlagen bewahren oder wiederherstellen, zu einer gleichmässigeren Einkommens- und Vermögensverteilung beitragen und das regionale Wirtschaftsgefälle abbauen. Angestrebt wird eine Verbindung von Globalsteuerung mit ökologischer Strukturpolitik: Konjunkturpolitische Massnahmen müssen nicht nur umweltverträglich sein, sondern sie sollen vorrangig zum Ausbau des Umweltschutzes beitragen.²⁰ Die ordnungspolitische Grundlage bildet eine gemischte Wirtschaft, in der sich Markt-

steuerung und staatliche Rahmenplanung sinnvoll ergänzen. Mittelfristige Rahmenpläne sollen für den Arbeitsmarkt, die öffentlichen Finanzen und die Umwelt erstellt werden.

In Anlehnung an diese Ideen wären in der Schweiz vordringlich in folgenden Bereichen konkrete Vorstellungen zu erarbeiten:

- Es sind neue Felder ökologisch und sozial sinnvoller Investitionsmöglichkeiten auszuloten. Entsprechender Bedarf dürfte vor allem auf der Ebene der Gemeinden ausgemacht werden.
- In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass gerade die Gemeinden weitgehend zu einem prozyklischen Ausgabenverhalten gezwungen sind, da ihnen nur sehr beschränkt Möglichkeiten zur Kreditaufnahme offen stehen. Es ist abzuklären, inwieweit günstige Kreditmöglichkeiten zugunsten von kommunaler Beschäftigungspolitik geschaffen werden können.²¹
- Es sind prospektiv Beschäftigungsprogramme zu entwickeln, die bei Bedarf rasch aus der Schublade gezogen werden können. Damit liesse sich auch das Problem der zeitverzögerten Wirkung von Beschäftigungsprogrammen, die bei längerem Zuwarten zu einer unerwünschten prozyklischen Wirkung führen können, entschärfen.²²
- Schliesslich ist auch die Geldpolitik der Nationalbank in die Konjunkturpolitik einzubinden. Ein erster kleiner Schritt könnte heute darin bestehen, dass die aktuelle Geldmengenausweitung in Form von niedrigverzinslichen Krediten an den Staat vorgenommen würde.²³

Der wirtschaftliche und ökologische Wert der Verteilungsgerechtigkeit

Im Zentrum der längerfristigen wirtschaftspolitischen Vorstellungen muss die Frage stehen, wie Einkommen, Vermögen, Arbeit und Freizeit gleichmässiger verteilt

werden können. Dabei handelt es sich nicht nur um einen gesellschaftlichen Imperativ. Der Verteilungsfrage kommt auch ein wirtschaftlicher Wert zu: Erst die Voraussetzung einer intakten Sozialstruktur und weitgehenden Verteilungsgerechtigkeit ermöglicht eine stabile Wirtschaftsentwicklung. Der ökologische Wert der gleichmässigeren Verteilung der Erwerbs- und Reproduktionsarbeit liegt in der damit verbundenen radikalen Verkürzung der im Lauf eines Lebens geleisteten Erwerbsarbeit. Dieser Weg zur Vollbeschäftigung ist ökologisch sehr viel sinnvoller als eine Vollbeschäftigungspolitik durch Wachstumsforcierung.

Im Rahmen einer zu entwickelnden Verteilungspolitik sind traditionelle Forderungen wieder zu verstärken und neue Forderungen zu entwickeln:

- In der Lohnpolitik ist aus verteilungspolitischer wie konjunkturpolitischer Sicht an Realloohnerhöhungen im Rahmen der Produktionsentwicklung festzuhalten. Angesichts der grösser werdenden Einkommensdifferenzen wäre eine aktive gewerkschaftliche Politik zu einem stärkeren Anstieg der Niedriglöhne zulasten der hohen Löhne sinnvoll (und kurzfristig auch konjunkturstützend).²⁴
- Die Vertragspolitik ist auf einen Einbezug der schwachen Arbeitnehmergruppen unter den Schutz der Gesamtarbeitsverträge auszurichten.
- Weil die Gesamtarbeitsverträge gerade die schwächsten Arbeitnehmergruppen nur sehr schlecht abdecken, sind die gesetzlichen Mindestvorschriften für den Schutz der Arbeitnehmenden auszubauen. In diesem Zusammenhang sind insbesondere auch Mindestlohnvorschriften angebracht.
- Die Umverteilung über direkte Steuern (Reichstumssteuer) ist wieder zu einem zentralen Thema der Verteilungspolitik zu machen.
- Die gezielte Einführung eines garantierten Mindesteinkommens für einzelne

**Die Reallöhne
sind in den
letzten Jahren
erheblich
weniger
stark gestiegen
als die
Produktivität.**

Gruppen (Alleinerziehende, RentnerInnen, ausgesteuerte Arbeitslose) ist anzustreben, sofern gleichzeitig eine aktive Arbeitszeitpolitik betrieben wird.

- Es ist eine eigentliche Arbeitszeitpolitik zu entwickeln. Diese hat die direkten gesetzlichen Arbeitszeitvorschriften wie auch weitere Gesetzesbereiche (z.B. Sozialversicherungen) auf eine massive Arbeitszeitreduktion und gleichmässige Verteilung von Erwerbs- sowie Haushalt- und Kinderarbeit unter den Geschlechtern auszurichten.

Die Agenda der wirtschaftspolitischen Hausaufgaben ist nur schon im engeren Bereich der Konjunktur- und Verteilungspolitik beladen - von den hier nicht angesprochenen strukturpolitischen Aufgaben einer Industrie-, Technologie- und Weiterbildungspolitik ganz zu schweigen. Ein unfehlbarer Steuermann für die Entwicklung der wirtschaftspolitischen Vorstellungen ist John Maynard Keynes sicher nicht. Aber einige entscheidende Orientierungshilfen kann uns seine Theorie gerade heute bieten.

Tobias Bauer (1955), Beat Baumann (1959) und Stefan Spycher (1966) sind selbständige Ökonomen und arbeiten gemeinsam im Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS) in Bern. Von diesem Artikel besteht eine ausführlichere Fassung, welche auch detaillierte Quellenangaben zu den statistischen Daten enthält. Bezug zum Preis von Fr. 10.- bei: Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS, Eigerplatz 8, 3007 Bern, Tel. 031/46'44'55

1 Die von BIGA-Direktor Nordmann vorgenommene Schätzung einer jahresdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 165'000 (NZZ vom 8.1.93) impliziert bei einem kontinuierlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit einen Jahresendwert von 200'000.

2 Luxemburg, R., Die Akkumulation des Kapitals (1923), Nachdruck: Frankfurt 1970, S. 408.

3 Dazu ausführlich Schmidt, M.G., Der Schweizerische Weg zur Vollbeschäftigung, Frankfurt a.M. u. New York 1985.

4 Vgl. Bauer, T., Baumann, B., Die Gesamtarbeitsverträge in der Schweiz im Jahre 1991; in: Die Volkswirtschaft, 5/1992, S. 54-60.

5 Tages-Anzeiger vom 17.11.92.

6 Vgl. auch Cash vom 18.12.92.

Kritisch dazu Gaillard, S., Ein Ankurbelungsprogramm ist finanzpolitisch verantwort- und damit auch machbar; in: Gewerkschaftliche Rundschau, 4/1992; Strehle, R., Warum lässt sich der Staat lumpen?; in: Die Wochenzeitung vom 22.1.1993; Schelbert-Syfrig, H., Die Politiker tun jetzt gerade das Falsche, in: Weltwoche vom 7.1.1993.

8 Vgl. dazu exemplarisch Moser, P., Schweizerische Wirtschaftspolitik im internationalen Wettbewerb, Zürich und Wiesbaden 1991.

9 Vgl. Bauer, T., Lohnentwicklung in der Schweiz, BASS-Diskussionspapier, Bern 1992.

10 So der Titel eines 1926 publizierten Aufsatzes von Keynes (abgedruckt in Mattfeld, H., Keynes. Kommentierte Werkauswahl, Hamburg 1985).

11 Eine ausführliche Darlegung dieser zwei Tendenzen (der „Gossen-Keynes-Regel“ und der „Smith-Sraffa-Young-Regel“ findet sich bei Zinn, K.G., Arbeit, Konsum, Akkumulation, Hamburg 1986.

12 Vgl. dazu Mattfeld, a.a.O., S.49ff.

13 So fasste Keynes beispielsweise bereits 1945 die 35-Stunden-Woche ins Auge (vgl. Mattfeld, a.a.O., S.51).

14 Vgl. Dietrich, K., Postkeynesianismus. Ökonomische Theorie in der Tradition von Keynes, Kalecki und Sraffa, Marburg 1987.

15 Wir stützen uns dabei insbesondere auf die Diskussion in Deutschland, z.B. Hickel, R., Ein neuer Typ der Akkumulation?, Hamburg 1987; Mattfeldt, a.a.O.; Vomfelde, W., Abschied von Keynes?, Frankfurt a.M. u. New York 1985 und Zinn, a.a.O.

16 NZZ vom 29.1.93.

17 Vgl. insbesondere Gaillard, a.a.O.; Strehle, a.a.O.

18 vgl. GBH, Bauen Zweitausend, Zürich 1991; Baumann, H., Wirtschaftspolitik am Ende; in: Diskussion 16/1991, S. 7-8.

19 Vgl. Hickel, R., Priewe, J., Ökologisch-soziale Alternativen zum „Stabilitätsgesetz“, in: WSI-Mitteilungen 6/1991, S. 346-355.

20 Dabei wird vor der Illusion gewarnt, der ökologische Umbau der Wirtschaft liesse sich allein durch Konjunkturpolitik bewerkstelligen: „Mithin muss der ökologische Umbau der Volkswirtschaft massgeblich mit anderen Instrumenten als denen der Konjunktursteuerung bewältigt werden, insbesondere mit den umweltökonomischen Instrumenten, die mikroökonomisch ansetzen: Öko-Abgaben, Auflagen, Verbote, Subventionen.“ (Hickel/Priewe, a.a.O., S. 352). Zum ökosozialen Umbau vgl. auch Gretschmann, K., Ökosteuern - Zwischen Vision und Revision; in: WSI-Mitteilungen 8/1989, S. 423-431.

21 Die deutschen Grünen schlagen dazu eine durch Bundesbankgewinne gespiesene Konjunkturausgleichsrücklage vor; vgl. Hickel/Priewe, a.a.O., S. 354.

22 Das Problem der Wirkungsverzögerung wird von bürgerlicher Seite übertrieben. Eine empirische Untersuchung für die BRD belegt die weitestgehende antizyklische Wirkung von Beschäftigungsmassnahmen; vgl. Vomfelde, a.a.O., S.108ff.

23 Vgl. dazu Schelbert, a.a.O.

24 Ueber die Erfahrungen und Hindernisse einer solchen Politik vgl. Langeland, O., Nergaard, K., „Lohnausgleich“ für niedrige Arbeitseinkommen - Tarifpolitik und Lohnentwicklung in Norwegen 1980-1990; in: WSI-Mitteilungen 12/1991, S. 733-741.